

in einer Reihe von Kommunen keine Liquidität mehr gegeben ist.

Ich möchte dazu folgendes sagen: Das Ministerium für Finanzen - und damit komme ich gleichzeitig auf eine Anfrage in bezug auf die Finanzierung der kommunalen Organe in unserem Lande - finanziert im Augenblick auf Grund der gegebenen Finanz- und Kassenpläne für das II. Quartal 1990 bzw. für die Monate April, Mai und Juni zu einem gewissen Anteil die Haushalte der Bezirke. Das Ministerium hat die vorgesehenen Summen bereits bis zum 31.5. d. Jahres gezahlt. Es hat alle Verpflichtungen voll erfüllt. Es sind sogar zusätzliche Überweisungen erfolgt. Wir haben 950 Millionen über die ursprünglich vorgesehene Summe an die Bezirke verteilt. Wenn jetzt beträchtliche Probleme in den Bezirken entstehen, so ist dies vor allem eine Frage der Finanzwirtschaft in den einzelnen Bezirken.

Es gibt hier sicher eine Menge Probleme. Bezirksgeleitete Industrien, insbesondere das Bauwesen, haben die Abgaben, zu denen sie verpflichtet sind, nicht im vollen Umfang geleistet. Es sind zum Teil im Bauwesen Aufgaben abgebrochen und dann in Rechnung gestellt worden, obwohl die Aufgaben nicht beendet worden sind. Die Verantwortung liegt hier auf der Ebene der Bezirke, dies muß mit aller Deutlichkeit klargemacht werden, bzw. der nachfolgenden Institutionen.

Wichtig ist, daß in den Bezirken an einer Strukturpolitik gearbeitet wird und nicht nur von den Finanzverantwortlichen an der Abführung der Finanzmittel. Vom Finanzministerium ist ständig darauf hingewiesen worden, daß die Zahlung von Lohn, Gehalt und Stipendium sowie Renten absolute Priorität haben und gesichert sein muß. In den laufenden Beratungen, die vom Finanzministerium mit den Finanzverantwortlichen der Bezirke bzw. mit den Regierungsbeauftragten geführt werden, wird dies unterstrichen.

Im Falle des Bezirkes Karl-Marx-Stadt/Chemnitz z. B. ist uns zugesichert worden, daß es in dieser Frage keine Rückstände und Probleme gibt. Um so überraschter waren wir dann über die Signale, die jetzt eingegangen sind. Wir haben darum gebeten, daß wir in Krisenfällen sofort informiert werden. Erforderliche Maßnahmen werden in solchen Fällen vom Ministerium der Finanzen eingeleitet. Im Falle des Bezirkes Karl-Marx-Stadt/Chemnitz haben wir die Unterstützung des Ministeriums für Finanzen bei der Prüfung auch der bezirksgeleiteten Industrien und nicht nur der Kombinate zugesagt, die für den zentralen Haushalt zuständig sind, sondern auch der bezirksgeleiteten Industrie. Hier müssen alle rechtlichen Mittel eingesetzt werden, um die Abgaben zu sichern, die für den Haushalt, auch für die Haushalte in den Bezirken, erforderlich sind.

Eine letzte Bemerkung in diesem Zusammenhang: Kredite für die Sicherung von Lohn- und Gehaltszahlungen sind von den Banken in den Fällen an Betriebe auszureichen, in denen infolge Einschränkungen der Produktion und aus anderen Gründen die erforderlichen Einnahmen fehlen. Dies ist immer wieder deutlichzumachen. Ich weiß, daß es hier speziell Probleme gegeben hat in den vergangenen Wochen und besonders in den letzten Tagen. Es ist auch eine entsprechende Aussage des Ministerrates in Vorbereitung. Es ist natürlich für solche Kreditaufnahmen über die Notwendigkeit dieser Kreditaufnahmen und die abschließliche Verwendung für Lohn- und Gehaltszahlungen ein Nachweis zu erbringen.

Die entgegen §8 Abs. 6 der Anordnung über die Finanzierungsrichtlinie für die volkseigene Industrie und das Bauwesen vom 27.2. 1987 angedrohten Kreditkündigungen sind in keinem Falle zu vollziehen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann :**

Wir danken Ihnen, Herr Minister, für Ihre Darlegungen. Ich sehe drei Abgeordnete, die Ihnen Zwischenfragen stellen möchten. Erlauben Sie dieselben?

(Dr. Romberg, Minister für Finanzen: Bitte sehr)

#### **Dr. Steinecke (Die Liberalen):**

Herr Minister, würden Sie bitte die Begründung ergänzen um folgendes: Wir alle haben gewußt...

(Dr. Ullmann: Ist das eine Frage, Herr Abgeordneter?)

- es wird eine Frage, ich muß ihm das bitte erläutern - wir alle haben gewußt, was mit diesem Gesetzespaket auf uns zukommen wird. Jetzt ist die Frage: Welche Maßnahmen sind vom Finanzministerium vorgesehen, daß die Betriebe z. B. steuerlich ordentlich beraten werden können? Welche Maßnahmen sind beim ehemaligen VEB Rewi vorgesehen? Welche Maßnahmen haben Sie abgesprochen, durch Sondermaßnahmen Steuerberater der Bundesrepublik, die dieses Recht kennen, bei uns zum Einsatz zu bringen?

#### **Dr. Romberg, Minister für Finanzen:**

Ich will eine kurze Antwort geben. Ich werde nachher bitten, daß der Staatssekretär des Ministeriums der Finanzen, Herr Maaßen, der zur Beratung hier ist, ausführlicher auf Steuerfragen antwortet. Ganz kurz: Wir haben eine Broschüre vorbereitet, in der z. B. über Umsatzsteuer ausführlich informiert wird. Diese Broschüre wird in größerer Zahl an Unternehmen gehen, um sie vorzubereiten, sich mit der Umsatzsteuer, da wo es noch nicht geschehen ist, vertraut zu machen und auch auf die Weise in der Lage zu sein, die notwendigen steuerlichen Verpflichtungen zu erfüllen.

In bezug auf Steuerberater: Es gibt eine größere Anzahl von Steuerberatern, die inzwischen ausgebildet sind. Dies ist ein Engpaß in unserem Lande. Es gibt weitere Vorbereitungen für die Ausbildung. Wie stark wir dann mit den vorhandenen Steuerberatern, die ausgebildet sind, die Probleme, die vor uns stehen, bewältigen werden, ist eine jetzt nicht voll entscheidbare Frage. Dies hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung in den kommenden Monaten ab. Hier müssen von uns noch weitere vorbereitende Schritte unternommen werden. Es wird auch wichtig sein, daß wir Beratungszentren einführen, wohin sich die Bevölkerung gegebenenfalls - ohne großen Kostenaufwand - wenden kann, um die notwendigen Informationen zu erhalten.

#### **Schmidt (DSU):**

Herr Minister, meine Frage: Die Geschäftskonten der gewerbetreibenden und der freiberuflichen Betriebe in unserer DDR werden am 1. Juli 2 :1 umbewertet. Sie sind aber dann durch die Lohnfortzahlungen nicht mehr liquide am 15. Juli, wenn ihre Mitarbeiter bezahlt werden müssen. Wie stellen Sie sich das vor?

#### **Dr. Romberg, Minister für Finanzen:**

Das ist eine alte Frage. Wir gehen über zur Marktwirtschaft. Wir haben im allgemeinen einen Übergang von 2 :1 bei der Umstellung. Wenn Sonderregelungen in speziellen Fällen getroffen sind, im Verhältnis 1:1 umzustellen, dann müssen diese Sonderregelungen von denen getragen werden, die diese Sonderregelungen realisieren. Das heißt ganz konkret an dieser Stelle: Es ist eine Frage an die Unternehmen, an ihre Kreditfähigkeit. Hier wird in einem Übergang natürlich auch strukturell sehr viel zu verändern sein. Es gehört dann auch einfach zum unternehmerischen Geschick und zu den unternehmerischen Aufgaben, hier Lösungen zu finden. Die Hauptfrage ist natürlich, wieweit in diesem Bereich für eine Übergangslösung entsprechende Kredite zur Verfügung stehen. Das muß auf den einzelnen Ebenen und im Einzelfall geklärt werden und hängt wesentlich von der Struktur, von den Konzeptionen, von der Arbeit der Unternehmen ab.

#### **Bin us (CDU/DA):**

Herr Minister! Nach meiner Meinung werden die neugewählten Bürgermeister und Landräte jetzt für die verfehlte Finanzpolitik der vergangenen Zeit verantwortlich gemacht. Ich möchte die Frage noch einmal stellen: Wie sichert die Regierung die Ar-